

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität

Ausgabe Nr. 25
Dez. 14/Jan. 15

In Gemeinden gehen die Lichter aus

Interview mit Jan Schalauske, dem neuen Vorsitzenden der hessischen LINKEN



▲ Landesvorsitzender Jan Schalauske

Eine vor Dir liegende Aufgabe sind die Kommunalwahlen 2016. Was ist daran so wichtig?

Die großen Probleme werden direkt vor unserer Haustür spürbar. Vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen steht das Wasser bis zum Hals. Sie sind kaum in der Lage, ihr

grundgesetzlich garantiertes Recht, ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten, noch wahrzunehmen. Chronische Unterfinanzierung, Steuersenkungen für Reiche und Konzerne und Kürzungsdiktate, wie die sog. Rettungsschirme, haben viele Kommunen an den Rand des Ruins geführt. Nicht nur Schwimmbäder oder Bür-

gerhäuser werden geschlossen und Busnetze ausgedünnt, in einigen Kommunen gehen buchstäblich die Lichter aus – die Straßenbeleuchtung wird nachts abgeschaltet. Diesen Entwicklungen muss DIE LINKE Paroli bieten.

Du bist im Stadtparlament dafür bekannt, auch bei kommunalen Problemen den größeren Zusammenhang zu beleuchten. Ist das auch bei der Flüchtlingspolitik so?

Da ist es offensichtlich. Der Westen ist mitverantwortlich dafür, dass Menschen jedes Risiko eingehen, um nach Europa zu gelangen: durch die Kriege, die er im Irak, in Jugoslawien, Libyen und anderswo geführt hat und an denen auch deutsche Rüstungsfirmen verdienen. Dies gilt auch für eine Handels- und Wirtschaftspolitik, die vielen Menschen in Afrika die Lebensgrundlagen raubt.

Deshalb ist es das Mindeste, dass wir – und die anderen europäischen Staaten – mehr Flüchtlinge aufnehmen und sie menschenwürdig unterbringen. Für die Kosten ist der Bund als erster in der Pflicht.

Fortsetzung S. 6

Seit dem 11. Oktober stehen Jan Schalauske und Heide Scheuch-Paschkewitz gemeinsam an der Spitze der hessischen LINKEN. Der 34jährige Marburger Stadtverordnete wurde mit 93 Prozent der Stimmen zum Nachfolger des langjährigen Landesvorsitzenden Ulrich Wilken gewählt.

Haushalt unter Druck

Rückgriff auf höhere Steuern und Rücklage angekündigt

Wenn die Kommunalwahlen nahen, gibt es in Marburg einen Doppelhaushalt. Die rot-grüne Koalition möchte nicht, dass man sich im Kommunalwahlkampf Anfang 2016 noch an eine Haushaltsdebatte im Dezember 2015 erinnert. Deshalb entscheidet die Stadtverordnetenversammlung jetzt nicht nur über die städtischen Finanzen für 2015, sondern auch für 2016.

Glaubt man Oberbürgermeister Egon Vaupel, braucht man sich keine Sorgen zu machen, denn die Haushalte sollen ausgeglichen bleiben. Allerdings gelingt dies nur durch Rückgriff auf die Rücklage und durch Steuererhöhungen.

Dass Marburg nicht wie andere Städte unter den „Schutzschirm“ des Landes kriechen muss, ist nicht

das eigene Verdienst, sondern das diverser Gesundheitsminister/innen.

Fortsetzung S. 2



▲ Neuer Vorstand der LINKEN Marburg-Biedenkopf: die Vorsitzenden Ingeborg Cernaj, Janis Ehling und Schatzmeister Dieter Kloszowski (1. Reihe). Beisitzer/innen: Birgit Schäfer-Biver, Urs Köllhofer, Sebastian Chwala, Björn Dering, Inge Sturm und Reinhard Heck (vlnr.)

Kommentar

Hausaufgaben nicht gemacht

Wer in diesen Tagen in Marburg auf den Bus angewiesen ist, braucht mehr als starke Nerven. Die Fahrzeuge sind so überfüllt, da ist kaum ein Platz zum Stehen, geschweige denn ein Durchkommen. Eine Zumutung für die Busnutzer/innen wie für das Fahrpersonal. Jedes Jahr fragt die Marburger Linke den Magistrat, wie er die öffentliche Infrastruktur an die steigenden Zahlen von Studierenden anzupassen gedenkt. Die regelmäßige Antwort lautet: „Nicht nötig, bei uns ist alles super.“

Ein Blick auf die Fakten zeigt: Die Zahl der gefahrenen Buskilometer hat sich in den letzten 15 Jahren kaum verändert. Während zunehmend mehr Studierende mit dem Bus fahren, sinkt der Anteil der nichtstudentischen Nutzer/innen stetig. Die Ticketpreise ziehen Jahr für Jahr kräftig an. Wer es sich leisten kann, fährt Auto. Und was tun die Verantwortlichen? Sie streiten über Schrägaufzug und Seilbahn.

Um die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu erhöhen, braucht es niedrige Fahrpreise, eine Taktverdichtung, die Einführung von Schnellbuslinien, einen Ausbau des Fuhrparks und verbesserte Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Wer die soziale und ökologische Verkehrswende will, wird mindestens mittelfristig um einen kostenlosen ÖPNV nicht herumkommen. Zugegeben, das wäre ein großer Wurf. Davon sind wir weit entfernt. Bis dahin müsste Marburg wenigstens seine Hausaufgaben machen.

Jan Schalauske

Ausgebrannt und vorbei?

Bis heute ist ungeklärt, wie es im Juni zum Brand im 12stöckigen Studierendenheim Richtsberg 88 kam. Zum Glück wurde niemand verletzt, aber die 280 Bewohner/innen – vorwiegend ausländischer Herkunft – verloren ihre Bleibe. Marburg sei, so OB Vaupel, knapp an einer Katastrophe vorbei geschrammt. Nun, nach einem halben Jahr, heißt es: Auf eine Sanierung ist kaum noch zu hoffen, die Mietverträge wurden zum Jahresende gekündigt. Das ist mehr als bitter, wenn man an den Marburger Wohnungsmarkt denkt.

Erstaunlich ist, dass sich das öffentliche Interesse an der Untersuchung der Brandursache sehr in Grenzen hält. Zwar hat die Versicherung eine Belohnung von 5000 Euro ausgesetzt. Unser Antrag, den Ermittlungsdruck durch eine deutliche Erhöhung der Belohnung zu erhalten, wurde abgelehnt. Sicher berichtete die OP. Und sonst? OB Vaupel sagte, die Brandursache könne vielleicht nie aufgeklärt werden. Heißt das, Aktendeckel zu? Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die viel gerühmte Stadtgesellschaft sich lieber mit der Bimmelbahn beschäftigt.

Trotz NSU, trotz Dutzender polizeilich gesuchter gewaltbereiter Neonazis im Lande, immer neuer Brandanschläge – ein auch denkbarer rechtsterroristischer Hintergrund ist ein Tabu auch in dieser Stadt. Wer die Frage stellt, sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, den Richtsberg schlechtden zu wollen. Als wäre es nicht allererste Bürgerpflicht, nach all den Anschlägen und Ermittlern, die oft auf dem rechten Auge blind sind, genau diese Frage zu stellen.

Die Landtagsfraktion der LINKEN wird das Innenministerium zum Verlaufs der Ermittlungen befragen.

Henning Köster



Fortsetzung von S. 1

Haushalt unter Druck

Rückgriff auf höhere Steuern und Rücklage angekündigt

Sie gestatteten es Pharmakonzerne wie CSL und Novartis, auf Kosten der Patienten, Versicherten und der Beschäftigten märchenhafte Gewinne zu machen. Entsprechend hoch sind die Gewerbesteuereinnahmen.

Zudem ist die Haushaltslage in der Regel besser als das, was der Kämmerer der Öffentlichkeit vorgaukelt. Besonders bei der Gewerbesteuer stapel(t)en Vaupel und Vorgänger Möller so tief, dass die tatsächlichen Einnahmen in den letzten 10 Jahren fast ein Drittel über der Planung lagen (der sog. Möller-Vaupel-Effekt). Man darf gespannt sein, ob dieses Jahr eine Ausnahme ist, wie Vaupel andeutet. Es wäre das erste Mal seit 2002.

Das idyllische Bild Marburgs, das er anhand von positiven Umfrageergebnissen in einem „Stadtmarkenatlas Hessen“ in seiner Haushaltseinbringungsrede zeichnete, ist nicht stimmig. Es wurden nur Auswärtige befragt und die dürften sich kaum daran stören, dass hier

etwa 8000 Menschen an und unterhalb der Armutsgrenze leben, dass für viele die Mieten unerschwinglich sind, dass die Busse während des Berufs- und Schulverkehrs überfüllt sind und dass Geld fehlt, um eines von zwei verbliebenen Schwimmbädern wenige Stunden in der Woche länger zu öffnen.

Vaupel hat den geplanten neuen kommunalen Finanzausgleich (KFA) zu Recht kritisiert, weil das Land Hessen den Bedarf der Kommunen klein rechnet und so eine Milliarde Euro an Zuschüssen einspart. Stattdessen wird die Höhe der Zuschüsse für die Kommunen von einer Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer abhängig gemacht. Nach dem Willen des Landes soll der empfohlene Hebesatz der Grundsteuer um 66 Prozent ansteigen, der der Gewerbesteuer aber nur um 15 Prozent.

Die Stadt Marburg macht sich diese Logik für das Jahr 2016, wenn der neue KFA in Kraft treten soll, zu eigen. Die Grundsteuer soll um 18

Prozent steigen, die Gewerbesteuer aber nur um 8 Prozent.

„Das ist mit uns nicht zu machen“, sagt Jan Schalauske, der Haushaltsexperte der Marburger Linken. „Es kann nicht sein, dass die Mieter/innen, die durch steigende Mieten und Nebenkosten ohnehin an der Grenze der Belastbarkeit sind, jetzt noch stärker zur Kasse gebeten werden.“ Die Anhebung der Gewerbesteuer hält er für zu niedrig. „Wir müssen bereits 2015 auf 430 Punkte erhöhen, um die Steuergeschenke der letzten Jahre wettzumachen.“

Dass dann Geld übrig bleibt, ist laut Henning Köster, dem Fraktionsvorsitzenden der Marburger Linken, nicht zu befürchten. „Wir brauchen viel mehr Geld, um den Marburger Busverkehr wirklich attraktiv und billiger zu machen, eine Vier-Felder-Halle zu bauen oder um ausreichend Sozialwohnungen zu schaffen.“

Der Haushalt ist nur ausgeglichen weil notwendige Ausgaben unterbleiben.“

Nico Biver

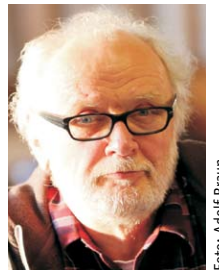


Foto: Adolf Braun

Links wirkt

Folgende Initiativen der Fraktion Marburger Linke wurden in den vergangenen Monaten von der Stadtverordnetenversammlung unterstützt:

- ▶ Freihandelsabkommen TTIP stoppen – Kommunale Daseinsvorsorge schützen.
- ▶ Besuch einer Marburger Delegation anlässlich der Gedenkfeiern zum 100. Jahrestag des Beginns des I. Weltkrieges in der belgischen Stadt Dinant, wo Marburger Jäger an einem Massaker an der Zivilbevölkerung beteiligt waren.
- ▶ Räumliche Verlängerung der Tempo-30-Regelung am Pilgrimstein von der Parkhauseinfahrt bis zur Biegenstraße.
- ▶ Weitere Unterstützung der Frühförderstelle im Kinderzentrum Weißer Stein in Wehrda.

- ▶ Ersetzung der verrotteten Rundbank an der Augustinertreppe.

Beschlossen, aber noch nicht umgesetzt:

- ▶ Entfernung des Kriegerdenkmals in Bortshausen. Es wird voraussichtlich bei der Stadt eingelagert.
- ▶ Hinweistafeln auf Persönlichkeiten der 1848er-Revolution und am Wohnhaus von Wolfgang Abendroth.
- ▶ Fahrradständer vor dem Seniorenheim Wehrda.
- ▶ Gesicherte Fahrradabstellmöglichkeit im Bereich des Marktplatzes.
- ▶ Zusage der vorrangigen Schneeräumung von Bushaltestellen und deren Zugangs.
- ▶ Hinweisschild auf Fahrradmitnahmemöglichkeit im Oberstadtaufzug.
- ▶ Anbringung weiterer

sogenannter Trixispiegel zum besseren Schutz von Fahrradfahrer/innen vor abbiegenden Lkw.

- ▶ Ausleuchtung des Fahrradwegs westlich der Lahnseite von der Deutschhausstraße bis zur Lahnstraße.

Henning Köster



Foto: Nico Biver

▶ **Tafel zur Erinnerung an den radikal-demokratischen 1848er-Revolutionär Karl Theodor Bayrhofer (Hofstatt 1)**

Kein Profit ist hoch genug

CSL-Geschäftsführer scheiterte mit Lohnabbau und ging

Eigentlich verstand Roland Martin, der Geschäftsführer des größten Marburger Pharmaunternehmens CSL Behring, sein Geschäft – die Mehrung des Gewinns der Aktionäre. Erfolgreich hat er der Stadt Marburg stets vorgegaukelt, dass mit weniger Investitionen zu rechnen sei, wenn beim Haushalt der Stadt die „globale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Marburg“ nicht bedacht werde. Der Belegschaft gegenüber behauptete er, die Personalkosten am Basler CSL-Standort lägen niedriger als in Marburg. Beweis?

Ab 1. Januar 2013 wurden die 2.200 Beschäftigten neu eingruppiert, weil angeblich für gleiche Tätigkeiten unterschiedliche Löhne gezahlt wurden. Wen wundert's, dass dabei die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten niedriger eingruppiert wurden. Um den Beschäftigten die neue Regelung schmackhaft zu machen, wurde mit dem Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung zur Entgeltsicherung geschlossen, so dass die Einkommen der jetzigen Beschäftigten großteils erhalten blieben. Dennoch gab es Einbußen bei Zulagen und dem 13. Monatsgehalt.

Aber 52 Beschäftigte sahen das anders als der Betriebsrat und

trauten sich, gegen die neue Regelung zu klagen – und bekamen Recht. Anfang September legte Martin den Rückwärtsgang ein und nahm die Eingruppierungsregelung für die Altbeschäftigten zurück. Zwei Wochen später nahm er seinen Hut.

Die Kläger hatten zu Recht darauf hingewiesen, dass Betriebsvereinbarungen im Gegensatz zu einem Tarifvertrag jederzeit vom Arbeitgeber gekündigt werden können. Und vermutlich war ihnen bekannt, dass CSL Behring zu den 1 Prozent Unternehmen mit der höchsten Profitmarge zählt und deshalb Lohnkürzungen nur durchsetzen will, weil die Manager und Aktionäre den Hals nicht voll bekommen können. Die Umsatzrendite (nach Steuern) der Marburger CSL-Filiale belief sich 2012/13 auf 24,1 Prozent – im Vergleich zu 3 Prozent in der Gesamtwirtschaft. 2012/13 wurden von CSL Behring 48 Mio. Euro investiert, 166 Mio. Euro für Personal ausgegeben, aber 371 Mio. Gewinn an den Mutterkonzern abgeführt.

Ein Happy End also? Leider nicht für Neubeschäftigte, für die die geänderte Eingruppierung Bestand hat. Dass damit gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt wird, scheint nicht mehr zu stören. *Nico Biver*

Auf dem Trockenen

Im Marburger Stadtteil Wehrda steht ein schönes Hallenbad. Für stolze 5,3 Millionen Euro ist es saniert und erweitert worden. Viele Marburger/innen schätzen das Bad, auch als Alternative zum Aquamar. Das Freizeitbad an der Lahn ist häufig überfüllt. Der Trubel nicht jedermanns Sache. Überwiegend nutzen Schulen und Vereine das Wehrda Hallenbad. Das Potential des Bades bleibt aber ungenutzt.

Um dem abzuhelpen, gründete sich eine Bürgerinitiative und sammelte fleißig Unterschriften für längere Öffnungszeiten für die Allgemeinheit. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Über 1.200 Unterschriften sind zusammengekom-

men. Auch der Ortsbeirat hatte mehrfach eine Ausweitung der Öffnungszeiten gefordert. Doch Magistrat und Koalition scheinen den Bürgerwillen zu ignorieren. Die Zahl der Unterschriften wird von den Verantwortlichen klein, die angeblichen Kosten für längere Öffnungszeiten künstlich hochgerechnet. Den Bürger/innen wird die kalte Schulter gezeigt.

Wieder einmal: Der Schwimmsport hat für die rotgrüne Koalition keinen großen Stellenwert. In Sachen Hallenbad Wehrda scheint die Koalition nicht mal bereit, das Bad wenigstens für ein paar Stunden die Woche länger zu öffnen. Ein Trauerspiel. *Jan Schalauske*



Foto: privat

Erfolgreiche Initiativen der Wehrdaer Linken

Johannes Linn (2.v.li.), Ortsbeiratsmitglied der Marburger Linken in Wehrda, hat zusammen mit Hannah-Betty Bartz, Susanne Wrona und Roland Böhm (vlnr.) die eine oder andere Verbesserung für die Menschen in seinem Ortsteil durchsetzen können.

Dazu zählen die neue Sitzbank an der Bushaltestelle vor Tegut (s.o.)

und die Sicherung des Steilaufstiegs am Naturschutzgebiet Teufelsgraben. Eine Bürgersteigverlängerung und eine Querungshilfe in der Straße „Am Kaufmarkt“ sind in Arbeit.

In Wehrda wurden acht Stolpersteine zur Erinnerung an ermordete oder vertriebene Juden verlegt. Das Bild zeigt die Steine für die Familie Hess in der Mengelsgasse.

Fristen nicht verpassen!

Grundsicherungsempfänger müssen Überprüfungsanträge jetzt stellen!

Zum Jahresende gilt es oft, noch Wichtiges zu regeln. Kann es sein, dass die generelle Einstufung von volljährigen erwerbsunfähigen Personen mit Behinderung, die bei Angehörigen in Haushaltsgemeinschaft leben, in Grundsicherungsleistungen der Regelbedarfsstufe 3 diese unzulässig benachteiligt? Betroffene beziehungsweise ihre Betreuer müssen noch 2014 einen Überprüfungsantrag stellen, damit eventuelle Nachzahlungen für 2013 nicht verfallen. Dies geht auf ein Urteil des Bundessozialgerichts vom Juli 2014 zurück. Die Stadt ist nicht bereit, die Betroffenen zu informieren, wie es die Marburger Linke in einem Dringlichkeitsantrag gefordert hatte. *Roland Böhm*

Infos und Musterschreiben:

www.lebenshilfe.de/de/themenrecht/artikel/Bundessozialgericht-kippt-generelle-Einstufung-Regelbedarfsstufe-3.php



Foto: Johannes Linn

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

Redaktion: Renate Bastian (verantwortl.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 6.12.2014

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf

Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg

Tel. 06421-163873

info@die-linke-marburg.de

www.die-linke-marburg.de

Was ich nicht weiß ...

Suche nach krebserregenden Stoffen unterbleibt, sie könnte erfolgreich sein



▲ Kreistagsabgeordnete Ingeborg Cernaj

Was hat die bayerische Stadt Coburg mit unserem hessischen Landkreis zu tun? Hier wie dort wurden krebserregende Stoffe entdeckt: sogenannte PAK (polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe). Im Falle der bayerischen Bratwurst wurde die Staatsanwaltschaft tätig. Der hiesige Kreistag schweigt jedoch zu einer ähnlichen Verseuchung von Nahrungsmitteln.

In mindestens zwei privaten Gemüsegärten (u.a. in Sarnau) wurden vor drei Jahren aufgrund von Untersuchungen nach einem Brand in Goßfelden Konzentrationen eben jener krebserregenden Chemikalien

gefunden, die den zulässigen Grenzwert deutlich überstiegen. Sie waren aber nicht durch den Brand verursacht. Niemand weiß, ob und wie viele weitere Gemüsegärten von dieser Verseuchung betroffen sind. Damals wurden nur vereinzelte Proben entnommen.

Der Skandal ist, dass der Kreisausschuss bestens informiert ist – die Fraktion DIE LINKE hatte in mehreren Anträgen darüber berichtet und Untersuchungen gefordert – doch Grabesstille. Nicht einmal die betroffenen Bürger/innen, in deren Gärten das verseuchte Gemüse nachgewiesen wurde, sind informiert.

Der Grund für die Geheimniskrämerei ist womöglich, dass erhebliche Sanierungskosten auf die Bürger/innen zukommen würden, auf deren Grundstücken eine Verseuchung festgestellt würde. Also lässt man sie lieber im Unklaren und nimmt ihnen die Möglichkeit, sich zu ent-

Kehren neue Besen gut?

Landrätin Kirsten Fründt setzt Mängelverwaltung fort

Kirsten Fründt (SPD), seit Februar als Landrätin im Amt, legte ihren ersten Haushaltsplan für den Landkreis vor. „Sozialer Zusammenhalt, Gesamtgesellschaftliche Verantwortung, zukunftsfähige Infrastruktur“ ist das Werk für 2015 überschrieben.

Schwergewichtig meinte sie: „1400 Gramm, 512 Seiten mit allen Anlagen und dem Deckblatt, viele Stunden und Wochen Arbeit.“ Aber nicht einmal vier Wochen bleiben den ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker/innen, um das Paket zu beurteilen. Bereits im Dezember ist Schluss mit Anträgen. So kurzfristig wurde noch nie verhandelt.

Anspruch und Wirklichkeit, selten klaffen sie derart weit auseinander wie in der Einbringungs-

rede der Landrätin. Philosophen werden bemüht, Teilhabe und Mitbestimmung angemahnt. Und was kommt dabei heraus? Eine Facebook-Seite des Landkreises, drei oder vier Bürgersprechstunden der Landrätin im Jahr, ein überarbeiteter Internetauftritt und die Wertschätzung des Ehrenamtes.

Die harten Fakten besagen: Der Haushalt ist eine einzige Mängelverwaltung weil die Finanzausstattung des Landkreises für die Aufgaben hinten und vorne nicht ausreicht.

Hajo Zeller

scheiden, ob sie das Gesundheitsrisiko für sich und ihre Kinder eingehen wollen.

DIE LINKE im Kreistag beantragte Anfang Oktober eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe, die erneut Untersuchungen anstellen und die Bürger/innen informieren soll.

Ingeborg Cernaj von der Fraktion DIE LINKE mahnte eindringlich: „Es geht nicht an, dass ahnungs-

lose Bürger mit ihrem selbst gezogenen Gemüse unzulässig hohe Mengen von Karzinogenen zu sich nehmen, und wir schauen seit drei Jahren schweigend zu!“

Auch diesmal wurde die Rede der Antragstellerin ignoriert. Der Antrag der LINKEN wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt und von der Presse totgeschwiegen.

Ingeborg Cernaj

Wer zahlt und wer gewinnt?

Gemeinden bei EAM-Kommunalisierung am kürzeren Hebel

Bei der jüngsten Kreistagssitzung wurde auch über das nun rekommunalisierte Energieunternehmen EAM diskutiert. Es ging darum, dass die EAM neben den bisherigen Altgesellschaftern – die Stadt Göttingen und 12 Landkreise – die Kommunen beteiligen will. Bis zu 49,99 Prozent der Anteile sollen nun an interessierte Kommunen abgetreten werden. Die Entscheidungsmacht soll jedoch mit 50,01 Prozent weiterhin bei den Altgesellschaftern bleiben.

Klingt auf den ersten Blick ganz schön: Die EAM organisiert sogar die Finanzierung des einzubringenden Eigenkapitals für die zumeist klammen Kommunen; sie müssen kein Eigenkapital mitbringen. Allerdings werden sie – im Gegenzug – bis 2040 nicht an den Gewinnen der EAM beteiligt und übernehmen gleichzeitig den größten Teil der Bürgerschaft für die EAM-Kredite (vgl. Grafik zur Struktur des Unternehmens).

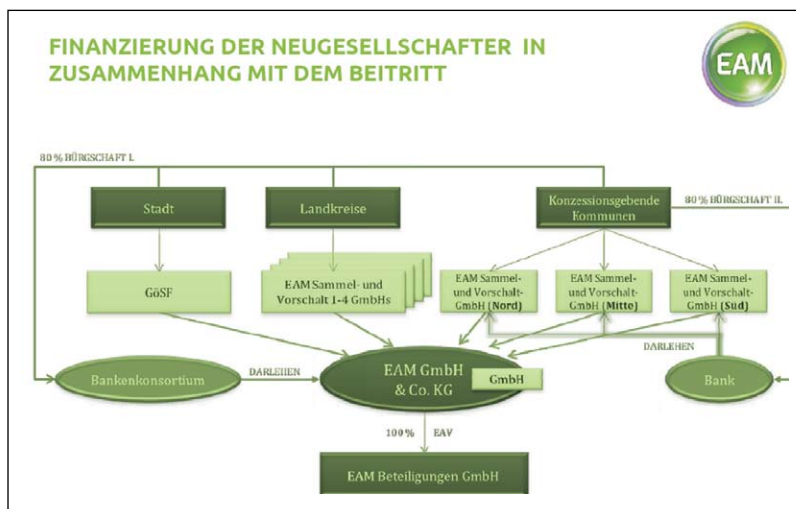
„Wer heute Zinsen für 2040 verspricht, müsste ein Hellseher sein“, dieser Aussage der FDP-Kreistagsab-

geordneten Angelika Aschenbrenner stimmt die LINKE zu. Und: Wer garantiert, dass die EAM in den kommenden 25 Jahren nicht pleite geht? Dann wären die beteiligten Kommunen ebenfalls pleite. Selbst die hessischen Industrie- und Handelskammern (IHK) kritisieren die Risiken für die Kommunen.

Ein weiteres Problem: Der Aufsichtsrat der neugestalteten EAM soll weiterhin aus 21 Mitgliedern bestehen, jedoch dürfen die Neugesellschafter, die praktisch die Hälfte der Anteile einbringen sollen, nur sieben von ihnen benennen. Gleichzeitig werden sieben Mitglieder der Altgesellschafter ihren Sitz im Aufsichtsrat verlieren – höchstwahrscheinlich auch der Landkreis Marburg-Biedenkopf.

Die Fraktion DIE LINKE hat die entsprechenden Anträge, diesmal gemeinsam mit der FDP-Fraktion, abgelehnt. Nicht unbemerkt blieb jedoch, dass einige Abgeordnete der Koalition vor der Abstimmung den Saal verließen. Hatten sie doch ein schlechtes Gewissen?

Ingeborg Cernaj



Quelle: Präsentation der EAM vom 8.9.2014

Termine

► **Filmabend: Der Einzelkämpfer Richter Heinz Düx**
Film-AG der LINKEN
Fr., 12. Dez., 20.00 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofstraße 6, Marburg

► **Die Ukraine nach den Wahlen**
Matinée mit Wolfgang Gehrcke (MdB DIE LINKE)
So., 14. Dez., 11.00 Uhr, TTZ, SoftwareCenter 3, Marburg

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. im Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats, 19.30 Uhr

► **Marburger Linke** erweiterte Fraktion, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG**, freitags, 15.00 Uhr

► Studierendenverband **SDS.die linke**, dienstags, 20.00 Uhr, www.sds-marburg.de

► Stammtisch des **LINKEN-Stadtverbandes Marburg**
1. Mittwoch im Monat, ab 20 Uhr, Gaststätte Schamdan, Weidenhäuser Str. 72, Marburg

► Jugendverband **[solid]**
mittwochs, 20.00 Uhr, Jugendhaus Compass, Deutschausstr. 29 a, Marburg

Ich will:

Infos über Treffen und Veranstaltungen

Mitglied werden

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

**DIE LINKE, Bahnhofstr. 6
35037 Marburg**

Kirchhain an der Furt

Als aufmerksamer Kirchhainer Bürger kann man bei einem Spaziergang feststellen, dass mindestens sieben der Brücken über Ohm und Wohra nur eingeschränkt oder gar nicht mehr nutzbar sind. Eine baldige Abhilfe dieser beklagenswerten Situation ist nicht absehbar. Das Baudezernat weist auf die prekäre Finanzlage der Stadt hin. Für Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten fehlen auf nicht absehbare Zeit die Mittel.

Das ist nur ein Beispiel für die Notlage zahlreicher Kommunen. Bei den sogenannten freiwilligen Leistungen, vor allem im sozialen Bereich, sind die Daumenschrauben schon längst bis zum Anschlag angezogen. Das Jammern und Klagen vieler Bürgermeister und Lokalpolitiker bleibt ohne Folgen und ist unaufrichtig, solange sie der Sparpolitik ihrer Parteifreunde in Land und Bund tatenlos zusehen. Anstatt diese mit Schutzschirmen und Schuldenbremse an den Symptomen he-



▲ **Urgesteine der Kirchhainer LINKEN: unser Autor Hans Jürgen Sitt und der Stadtverordnete Reinhard Heck (vlnr.)**

Kein Stellenabbau am UKGM!

Auf ihrem Kreisparteitag am 23. November hat sich DIE LINKE Marburg-Biedenkopf mit den geplanten Stellenkürzungen des Uniklinikums befasst und folgende Erklärung verabschiedet:

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf lehnt nicht nur angesichts der anhaltend hohen Arbeitsbelastungen der Beschäftigten am Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) jeden weiteren Stellenabbau ab.

Auch vor dem Hintergrund der jüngsten Ankündigungen der UKGM-Geschäftsführung, 44 weitere Stellen abzubauen, der angekündigten Nichtübernahme von Auszubildenden und der Aufforderung, Arbeitsverträge vorzeitig aufzulösen, sind wir erneut in großer Sorge um die Patient/innenversorgung und die Arbeitsbedingungen am UKGM.

Wir fordern die Landesregierung auf, ihrer Verantwortung für

das UKGM gerecht zu werden und sich unmissverständlich einzusetzen für:

- keinen weiteren Stellenabbau durch ein verbindliches Stellenmoratorium;
- die Entwicklung qualitativer und quantitativer Personalmindeststandards;
- eine auskömmliche und am Bedarf orientierte Krankenhausfinanzierung.

Wir verlangen von der Landesregierung einen konkreten Plan zum Umgang des Landes mit der veränderten Struktur des verkleinerten Rhön-Konzerns und deren Auswirkungen auf das UKGM sowie ein Konzept, wie das Universitätsklinikum Gießen und Marburg wieder in öffentliches Eigentum zurückgeführt werden kann. Die aktuelle Entwicklung zeigt zum wiederholten Male, die Privatisierung war ein großer Fehler und gehört rückgängig gemacht.

rumdoktern zu lassen, ist es an der Zeit, sich um die Ursachen zu kümmern – nämlich die Verbesserung der Einnahmen. Ohne eine gerechte Besteuerung hoher Einkommen mit deutlicher Umverteilung von oben nach unten, werden die Gebühren nicht nur für die Kinderbetreuung weiter steigen. Und bei der Überquerung der Wohra und der Ohm müssen die Kirchhainer/innen Umwege machen oder sich eine Furt suchen.

Hans Jürgen Sitt

Wir mampfen Äpfel

Schuld ist der Landwirtschaftsminister Schmidt, CSU.

Seit Putin als Rache für unsere Sanktionen kein EU-Obst über die Grenze lässt, droht eine Katastrophe, denn um die Erzeuger zu stützen, muss Obst vom Markt verschwinden, nur so bleiben die Preise oben. Wird Überproduktion sonst durch Vernichtung der Erzeugnisse erledigt, setzt der Minister jetzt auf freiwillige Verzehrsteigerung.

Seither gibt es bei uns 5 x täglich Äpfel. Da wir selber Apfelbäume haben, wurde im September die Dosis auf 7 gesteigert. Der Entsafter in Weimar nimmt wegen Überlastung keine Äpfel mehr an. Die Kinder klagen über Verstopfung, bei meiner Frau und mir will die Diarrhoe nicht verschwinden. Andererseits sparen wir Geld für sonstige Lebensmittel.

Die Moral ist ungebrochen, vor jeder Mahlzeit heißt es: Mampfen gegen Putin! Wir halten durch, jedenfalls bis die Spätrenette reif ist. Nur hätten wir gern ein Signal, wann der Putin endlich aufgibt, denn der Dünnschiss ist schon ziemlich blöd.

Ralf Schrader

Spenden hilft

Wer bis zum 31.12. an DIE LINKE spendet, dessen Einkommenssteuer 2014 verringert sich um die Hälfte der Spende (bis 1.650 Euro).

Spendenkonto: DIE LINKE Marburg-Biedenkopf, IBAN: DE27 5139 0000 0017 6239 07 Volksbank Mittelhessen (BIC: VBMHDE5FXXX)

Das Letzte

„Attraktive Lebensbedingungen“

Von 2008 bis 2015 verzichtet(e) Marburg auf insgesamt 54 Mio. Euro Steuereinnahmen. Vor sechs Jahren war der sog. Gewerbesteuererhebesatz von 400 auf 370 Punkte gesenkt worden. Angeblich war es für einen guten Zweck, wie man der Haushaltsrede von Oberbürgermeister Egon Vaupel vom 21. November entnehmen konnte. „Der Wirtschaftsstandort Marburg“ wurde nämlich entlastet und die „Folgen der Finanzkrise, die sich bereits 2007 abzeichnete“, für Marburger Unternehmen abgefedert.

Anscheinend meinte man in einem Jahr mit besonders üppigen Gewerbesteuereinnahmen, dem Drängen diverser Großunternehmen nach Steuersenkungen nachgeben zu können. Abgefedert wurde nichts, da Unternehmen, denen es schlecht geht, keine Gewerbesteuer bezahlen. Durch dieses Steerdumping auf das niedrigste Niveau aller vergleichbaren Städte wurden lediglich die Nettogewinne florierender Unternehmen verbessert. Es ist geradezu absurd, dass eine Stadt, die nicht müde wird, ihre Standortvorteile zu betonen, einen auf Luxemburg macht und sogar weniger Gewerbesteuern verlangt als die Mehrheit der kleineren Nachbargemeinden.

Ähnlich verwegen ist es zu behaupten, dass die Senkung des Gewerbesteuererhebesatzes mit „für attraktive Lebensbedingungen in der Stadt Marburg“ gesorgt habe. Das gilt allenfalls für die Aktionäre von CSL, Novartis und Siemens sowie für die Pohl-Familie und einige Spitzenmanager, die aufgrund gestiegener Nettogewinne höhere Boni erzielt haben dürften.

Die meisten Marburger/innen müssen diese Steuergeschenke mit einem Verlust an Lebensqualität bezahlen, weil auf öffentliche Investitionen und Ausgaben in Höhe von 54 Millionen Euro verzichtet wurde. Nico Biver

Untergang oder Morgenröte?

Thüringischer Landtag wählte ersten Ministerpräsidenten der LINKEN



▲ Bodo Ramelow mit unserer Autorin Renate Bastian bei einer Veranstaltung des Marburger DGB zu Berufsverboten. Ramelow lebte bis 1990 in Marburg und war bis dahin Gewerkschaftssekretär.

Eine Stunde und zwei Wahlgänge hat es am 5. Dezember im thüringischen Landtag gedauert, dann war Bodo Ramelow Ministerpräsident. Die Medien überschlugen sich, und auch die Reaktionen der politischen Kreise. Den einen drohte schon der Untergang des Abendlandes, Bundespräsident und Kanzlerin hoben mahnend den Finger. DDR und Stasi mussten wieder erhalten. Die Jungliberalen verschickten gar „letzte Bananen vor dem Mauerbau“. Dem thüringischen Landtagspräsidenten hingen die Mundwinkel bis zu den Schnürsenkeln und es klang fast so, als müsse er sich selbst davon überzeugen, dass eine solche Wahl ein ganz normaler Vorgang sein sollte. Andere spürten den Mantel der Geschichte. Wieder andere, wie die linksliberale *Frankfurter Rundschau*, schlußfolgerten, dass Bodo Ramelow zu den Gemäßigten in der Linkspartei gehöre. Daher bestehe „keine Gefahr einer Rückkehr zum Stalinismus“. Und während man ansonsten munter auf DIE LINKE eindrischt, ihr allenthalben Politikunfähigkeit attestiert, sorgen sich andere um das linke Profil der Partei.

Zuzustimmen ist all jenen, die links von der SPD viel politischen Spielraum für DIE LINKE sehen. Und wie sich Regierungsbeteiligungen auf ihren Charakter als Oppositions- und Bewegungspartei auswirken, ist nach wie vor einer ernsthaften Debatte wert. Es bleibt auch abzuwarten, was und wie sich die Themen

des Koalitionsvertrags umsetzen lassen. Gemeinschaftsschule, gute Arbeit und faire Löhne, Bildungspolitik, Kampf gegen Rechts – all das steht nun erst einmal auf der Regierungsagenda. Dass in einer Koalition Kompromisse notwendig werden, sieht man dem Koalitionsvertrag an. Die Abstimmung von drei Parteien, noch dazu mit der hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme, kann man getrost als schwierig er-

Fortsetzung von S. 1

Interview mit Jan Schalauske

Auch das geplante EU-USA-Freihandelsabkommen TTIP scheint ein Thema auf internationaler Ebene zu sein, das sehr konkrete Auswirkungen vor Ort haben könnte.

In der Tat. Auf Antrag unserer Fraktion hat das Marburger Stadtparlament gegen dieses Geheimabkommen protestiert. Auch unser Landesparteitag hat dazu aufgerufen, an den Anti-TTIP-Kampagnen teilzunehmen. Unter dem Vorwand des Freihandels sollen soziale und ökologische Standards gesenkt und Konzernen die Möglichkeit gegeben werden, direkt auf die Gesetzgebung einzuwirken oder Länder auf entgangene Gewinne zu verklagen. Auch könnte der Privatisierungsdruck auf Städte und Gemeinden weiter steigen. Das schränkt die demokratischen Möglichkeiten noch weiter ein.

Wird sich friedenspolitisch bei der

ahnen. Und dass bei der Wahl zum Ministerpräsidenten im ersten Gang die notwendige Stimme fehlte, kann man als einen Schuss vor den Bug werten. Aber aus Angst vor Schwierigkeiten gar nichts tun?

Renate Bastian

„Wir freuen uns“

Die Landesvorsitzenden der LINKEN Heide Scheuch-Paschkewitz und Jan Schalauske erklärten zur Wahl Ramelows:

Wir freuen uns über die Wahl von Bodo Ramelow zum thüringischen Ministerpräsidenten. Zweifelsohne ist die Wahl eines Linken zum Ministerpräsidenten ein außerordentliches Ereignis in der Geschichte der Bundesrepublik. Wir wünschen viel Erfolg und Kraft für die Durchsetzung eines Politikwechsels für soziale Gerechtigkeit. Es ist gut, dass die Stimmungsmache aus rechtskonservativen Kreisen, unter anderem aus Reihen der AfD und der CDU, nicht erfolgreich war.

hessischen LINKEN etwas ändern?

Nein, wir werden Kurs halten. Bundesregierung und Bundespräsident propagieren eine „neue Verantwortung“ in der Welt und meinen mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr, Waffenlieferungen in Krisengebiete und weitere Rüstungsexporte. Deutschland solle eine neue Großmacht werden und seine wirtschaftlichen Interessen im Zweifel militärisch durchsetzen. Ausgerechnet im 100. Jahr nach Beginn des Ersten und 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs. Wir stimmen nicht in diesen Chor der Kriegsbefürworter ein. Da befinden wir uns in guter Tradition. Wir erinnern an Karl Liebknecht, der 1914 laut und deutlich „Nein“ gesagt hat. Und an Willy Brandt, der uns gelehrt hat: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.

Die Fragen stellte Nico Biver